



SED-Pressedienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672638

Inhaltsverzeichnis

17. Mai 1949

Nachrichten

Nationale Front fordert Einheit und Frieden für Deutschland
Westdeutsche Gewerkschaftler an Außenministerrat
Volksentscheid über "Grundgesetz" erforderlich
Deutsche Wissenschaftler und Techniker blicken nach Paris
Radio-Magnetfabrik Bonn wünscht Osthandelsbeziehungen
Heimkehrer nutzen ihr Wahlrecht
Fischfang eingestellt
Binnenschiffer im Lohnkampf
35 000 Eisenbahnarbeiter im Wettbewerb
Eigenes Walzwerk für RAW
Bauarbeiter leisten Sonderschicht
Ein neuer Schnellbaustein
1 000 DM für die besten Anti-Kriegserzählungen
Völkerverbindende Kunst
Generalmajor Tulpanow
Die Ausstellung "Mensch und Arbeit"

Pressestimmen

Arbeitslosigkeit in Westdeutschland

Kommentare

Eindeutiger Sieg der Freunde der Einheit
Westberlin unter dem Knüppel des Kolonialstatuts
Vor der Abwertung der Westmark!
"Tor zum Norden" blieb geschlossen
Gefestigte Arbeitereinheit in Italien
Eisler - das erste Opfer des Atlantikpaktes

Artikeldienst

Hennecke-Aktivisten aus der Sowjetunion (von Kurt Nettball)

Stimmen des Auslandes

Not des französischen Mittelstandes
Rüstungsprofit in USA
Generalangriff auf die akademische Freiheit in den USA
Arbeitsbedingungen der Jugend in der UdSSR

Zur Information

Krisenzeichen und verschärftete Ausbeutung in den USA

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949

N a c h r i c h t e n
=====

Nationale Front fordert Einheit und Frieden für Deutschland

Westdeutsche Gewerkschafter an Außenministerrat

R e n d s b u r g, 17.5. (E.B.)

"Es wird ersucht, daß der Forderung nach einem wirtschaftlichen Zusammenschluß sämtlicher Zonen zu einem gesamtdeutschen Wirtschaftsgebiet endlich stattgegeben wird. Außerdem erwarten alle Deutschen den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages", erklärten die in Rendsburg versammelten Mitglieder der Gewerkschaft "Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" in einer an den Außenministerrat in Paris gerichteten Entschließung. Das Schreiben wurde dem Vorstand der Gewerkschaften für die Westzonen zur Weiterleitung überreicht.

Volksentscheid über "Grundgesetz" erforderlich

F r a n k f u r t/Main, 17.5. (E.B.)

Gegen das Bestreben, durch die Annahme des auf Weisung der westlichen Militärgouverneure zustandegekommenen sogenannten Grundgesetzes für einen separaten Weststaat vollendete Tatsachen zu schaffen und die bevorstehenden Verhandlungen des Außenministerates in Paris zum Scheitern zu bringen, wendet sich das Sekretariat des KFD-Landesvorstandes Hessen mit einer Erklärung, die vom Landesvorsitzenden oskar müller unterzeichnet ist. Darin heißt es u.a.: "Weder ist der 'Parlamentarische Rat' vom Volk selbst autorisiert, noch ist der Landtag befugt, über eine Frage zu entscheiden, über die das Volk allein zu bestimmen hat. Die hessische Bevölkerung hat sich mit großer Mehrheit für eine gesamtdeutsche Regierung entschieden, indem sie erklärte: 'Hessen ist ein Glied der deutschen Republik'."

In dem Bewußtsein, daß die Bevölkerung Hessens sich gegen die Spaltung und für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands erklären wird, fordert die KFD-Hessen einen Volksentscheid über das "Grundgesetz".

Deutsche Wissenschaftler und Techniker blicken nach Paris

J e n a, 17.5. (E.B.)

"Die Einheit Deutschlands ist eine lebensnotwendige Forderung, deren Erfüllung nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für Europa und für die ganze Welt notwendig ist", erklärte u.a. Dr. Harry Zöllner vom Zeisswerk in Jena. Er sagt weiter: "Eine wissenschaftliche und technische Entwicklung ist nur möglich, wenn sie auf breitestem Grundlage vor sich gehen kann. Wir brauchen die Verbindung aller Teile Deutschlands, um Doppelarbeit zu vermeiden. Zum anderen muss sich ein Wissenschaftler im stillen Kämmerlein, ohne Verbindung mit der Außenwelt, in unwesentlichen Dingen verlieren."

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Nachrichten - 2 -

Otto Grotewohl hat vor dem Präsidium des Deutschen Volksrates eine klare Richtung aufgezeigt, die zu begrüßen und von jedem Einzelnen, unabhängig von seiner politischen Einstellung, anerkannt werden muss. Mit besonderer Spannung blicken die deutschen Wissenschaftler und Techniker auf die bevorstehende Aussenministerats-Konferenz in Paris, von der sie mit dem deutschen Volk die Erfüllung ihrer lebensnotwendigen Wünsche erwarten."

Radio-Magnetfabrik Bonn wünscht Osthandelsbeziehungen

Köln 17.5. (E.B.)

Die Betriebsleitung der Radio-Magnetfabrik Bonn klagt über Absatzschwierigkeiten für die in ihrem Werk erzeugten Fabrikate. Große Mengen Radio-Magneten lagern in den Fabrikräumen und die Werk-Belegschaft kann nur noch in Kurzarbeit beschäftigt werden. Die Fabrik könnte für ihre qualitativ hochstehenden Produkte mit im Ausland noch unbekannten Neuerungen zu günstigen Preisen in Ostdeutschland und Osteuropa die erwünschten Abnehmer finden.

Große Hoffnungen setzt die Betriebsleitung auf die Aussenministeratskonferenz in Paris, von der sie die Beseitigung der Schranken zwischen West- und Ostdeutschland erwarten sowie die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit den ihr von der JEIA verschlossenen Märkten der Radio-Industrie in Berlin, Sachsen, Thüringen, Ungarn, Rumänien und Griechenland.

Heimkehrer nutzen ihr Wahlrecht

Frankfurt/Oder, 17.5. (E.B.)

Im Heimkehrerlager Gronenfelde gingen die am Sonnabend aus der Sowjetunion zurückgekehrten 1 200 ehemaligen Kriegsgefangenen sowie die in der Nacht zum Montag Eingetroffenen geschlossen zur Wahl, um ihre Stimmen für die Delegierten des 3. Deutschen Volkskongresses abzugeben.

Fischfang eingestellt

Hannover, 17.5. (E.B.)

Die Absatzkrise im Fischereigewerbe zwang in Cuxhaven 16, in Bremerhaven 17 und in Hamburg 5 Eigner von Hochseefischkuttern den Fischfang einzustellen und die Schiffe auf Strand zu legen. Wachsende Verarmung der westdeutschen Bevölkerung und ausländische Fischimporte sind die Ursachen der Absatzkrise im westdeutschen Fischereigewerbe.

Binnenschiffer im Lohnkampf

Hannover, 17.5. (E.B.)

Vom Rhein bis zur Elbe streikten vom Sonnabend bis Montag alle auf Schleppdampfern beschäftigten Schiffer, um ihren Forderungen nach höheren Löhnen mehr Nachdruck zu verleihen. Da alle Binnenschiffer auf den Schlepperdienst angewiesen sind, kam durch den Streik die gesamte westdeutsche Schiffahrt zum Stillstand.

Pressedienst
(FD)

17. Mai 1949
Nachrichten - 3 -

Die Schiffer wehren sich gegen den Versuch der Unternehmer, die Fahrzeit von 12 auf 14 Stunden täglich heraufzusetzen. Dagegen sprachen die Schiffer in Protestversammlungen und Resolutionen die Warnung aus, nur noch 10 Stunden täglich zu fahren, falls die Unternehmer bei den in Münster stattfindenden Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern die Forderungen der Schiffer unerfüllt lassen. Außerdem droht das Personal der Wasserbauverwaltungen, die Schleusen geschlossen zu halten, wie aus einer Obleutesitzung der Gewerkschaften bekannt wird.

35 000 Eisenbahnarbeiter im Wettbewerb
Eigenes Walzwerk für RAW

P o t s d a m , 17.5. (E.B.)

In 24 Reichsbahnausbesserungswerken stehen über 35 000 Arbeiter im Produktionswettbewerb.

Neue Wettbewerbsbedingungen bewerten neben der Quantität auch die Qualität der Arbeit sowie die Termineinhaltung.

Die Reichsbahn wird jetzt wieder die Untersuchungen der Loks und Wagen in den vorgesehenen Abständen durchführen. Strengste Einhaltung des Finanz- und Personalplanes sind weitere Voraussetzungen einer Wirtschaftlichkeit in den Werkstätten.

Die Überwachung der Punktbewertung wird durch eine Kommission unter Leitung der Werkstättendirektion und der Gewerkschaft erfolgen. In der Beurteilung der wettbewerblichen Leistung wird auch in Betracht gezogen, in welchem Ausmaße sich die Belegschaft durch Verbesserungsvorschläge für die Verbesserung des Arbeitsablaufs eingesetzt hat. Monatlich werden die Resultate bekanntgegeben.

Die Werkstättendirektion plant ferner, das Ausmaß der Eigenanfertigung zu erweitern. Weiterhin ist die Errichtung eines eigenen Walzwerkes vorgesehen.

Bauerbeiter leisten Sonderschicht

R o s t o c k , 17.5. (E.B.)

Um die Errichtung neuer Tischlereiwerkstätten in der "Karl-Liebknecht"-Werft in Warnemünde zu beschleunigen, leisteten 88 Bauerbeiter an drei Werktagen Sonderschichten, in denen sie doppelt so viel schafften, als die Norm vorsieht.

Ein neuer Schnellbaustein

D e s s a u (E.B.)

Der Werkmeister Otto Henkel hat einen Schnellbaustein entwickelt. Der Baustein wird als Hohlblock hergestellt und hat eine Größe von 25 x 50 cm und eine Stärke von 7,5 bzw. 12 cm. Das Gewicht des Steines beträgt 6 bzw. 9 kg. Als Bindestoffe finden Gips, Asche, Kalk, als Zuschlagstoffe mineralisierte Sägespäne, Schilf,

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Nachrichten - 4 -

Holzwolle, und dergleichen Verwendung, so dass Raumbeständigkeit, Wärme- und Feuerschutz gewährleistet sind. Der Stein ist säg- und nagelbar. Beim Bau einer Wand mit diesen Steinen wird eine 60 %ige Arbeitersparnis erzielt. Die Grossherstellung ist bereits ange- laufen, da die verschiedensten Prüfungen in den massgeblichen Instituten den Stein als hochqualifiziert anerkannt haben.

1 000 DM für die besten Anti-Kriegserzählungen

Hannover (E.B.)

Der internationale Friedenkongress in Paris und Prag hat eine ungeheure Resonanz gefunden. Die "Niedersächsische Volksstimme" betrachtet es als ihre vornehmste Aufgabe, den Kampf für den Weltfrieden zu unterstützen, und hat daher, gestützt auf die vielen Vorschläge, die in diese Richtung gingen, beschlossen, einen Erzählerwettbewerb um die besten Anti-Kriegserzählungen auszuschreiben. Sie ruft hiermit zur Teilnahme an dem Preisausschreiben auf.

Die Erzählungen, die höchstens eine Länge von 320 Schreibmaschinenzügen haben sollen, müssen bis zum 22. Juni, dem Tag des Überfalls der Hitlerarmee auf die Sowjetunion, in der Redaktion der "Niedersächsischen Volksstimme", Hannover, Rosenstr. 7, eingegangen sein. Die näheren Bedingungen sind von dort zu erfahren.

Es wurden sechs Preise von insgesamt DM 1 000,-- ausgesetzt. Dem Preisrichterkollegium gehören an: Emil Höll, Betriebsarbeiter, Hannover, Lilo Rossi, jgd. Gewerkschaftsfunktionärin, Osnabrück, Grete Brabandt, Hausfrau, Oldenburg, Oskar Gläser, Staatssekretär a.D., Hannover, und Helmut Lüssow, Feuilleton-Redakteur, Hannover.

Völkerverbindende Kunst

Berlin (E.B.)

Am Wahltag veranstaltete das Gesangs- und Tanzenensemble der Luftstreitkräfte der Sowjetunion ein Konzert im Berliner Lustgarten. Die Künstler wurden mit Beifall überschüttet, da ihre Darbietungen alle Erwartungen übertrafen. Der Jubel der Zuhörer erreichte seinen Höhepunkt, als die sowjetischen Künstler die "Hymne der Weltjugend" sangen. Die ausgefeilte a-capella-Dynamik des Chors trat in dem Volkslied "Eintönig klingt das Glöckchen", seine oratorische Fülle in dem Finale aus Glinkas Oper "Iwan Sussanin" in Erscheinung. Sprachschwierigkeiten wurden durch die suggestive Vortrageskunst des Chors und der Solisten aus dem Weg geräumt, und erst redt wurde es verstanden, als die Gäste aus der Sowjetunion ein Walzer-Potpourri von Johann Strauss mit hinreissendem Temperament vortrugen.

Beifallstürme umbranden auch die Darbietungen der Tanzgruppe, deren Choreographie eine interessante Mitte zwischen Bühnentanz und Volkstanz einhält. Immer wieder knatterte Beifall in die Szene, wenn einer der Solisten - W. Skischenok, G. Schljapnikow und vor allem M. Michailow waren die Namen, die sich uns einprägten - eine besonders eindrucksvolle Probe ihres der Schwerkraft spöttenden Könnens ablegten. Das Orchester, das sich auch hier durch eine her-

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Nachrichten - 5 -

vorragende Leistung auszeichnete, stand dabei unter der Leitung von S.N. Tesch.

Nach dem Konzert wurden von der begeisterten Menge Hochrufe auf die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und der Sowjetunion ausgebracht. Vertreter der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und des FDGB, als Veranstalter des Gesprächs, fanden warme Worte des Dankes für die sowjetischen Künstler.

Generalmajor Tulpanow

Berlin (E.B.)

Wie wir erfahren, ist Oberst Tulpanow, Leiter der Informationsabteilung der SMAD, auf Beschluss des Ministerrates der UdSSR zum Generalmajor befördert worden.

Die in deutscher Sprache erscheinende britische Zeitung "Die Welt" konnte das natürlich nicht wissen, sonst wäre ihr die Panne mit der am 17.5. sensationell aufgemachten Meldung "Gerüchte um Tulpanow" nicht passiert.

Die Ausstellung "Mensch und Arbeit"

(PD)

Unter diesem Titel wird in Berlin im Haus des Stadtkontors in der Kurstrasse am 31. Mai eine Ausstellung eröffnet, die den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung des bildenden Künstlers rückt.

Kulturbund, FDGB und die Deutsche Verwaltung für Volksbildung hatten einen Aufruf an alle deutschen bildenden Künstler zur Beteiligung an dieser Ausstellung gerichtet, der ein starkes Echo ausgelöst hat. Etwa 300 Zeichnungen, Aquarelle, Gemälde, Graphiken und Plastiken jeder Technik werden dem kritischen Betrachter Aufschluss darüber geben, wie stark nicht nur das gesellschaftliche Bewusstsein und die soziale Verbundenheit der Kulturschaffenden mit der arbeitenden Bevölkerung ist, sondern auch den Grad der künstlerischen Gestaltungskraft offenbaren.

Die ausstellenden Künstler sehen sich vor die angenehme Situation gestellt, dass die Veranstalter der Ausstellung zugleich als Käufer auftreten, denn die Betriebe und die genannten Massenorganisationen werden Mitarbeiter entsenden, um für ihre Klubräume, Kulturstätten, Fabriken und Verwaltungsgebäude Bilder, Plastiken, usw. zu erwerben.

Die Jury der Ausstellung setzt sich zusammen aus Prof. Heinrich Ehmsen, Waldemar Grzimek, Prof. Josef Hegenbarth, Prof. Mohr, Prof. Otto Nagel sowie Vertretern der drei am Kulturfonds beteiligten Organisationen.

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949

Pressestimmen
=====

Arbeitslosigkeit in Westdeutschland
(PD)

"Es muß die Frage gestellt werden, ob die westdeutsche Wirtschaft der Doppelzone sich auf längere Sicht wirtschafts- und sozialpolitisch eine Arbeitslosigkeit leisten kann, die man unter Einrechnung der gemeldeten und nichtgemeldeten Kurzarbeit gut und gern dem Ausfall von 1,8 bis 2 Millionen Vollarbeitsnehmern wird gleichsetzen können, zudem viele Kurzarbeiter wegen des Anhalts der Absatzstockung im Begriffe sind, zu Arbeitslosen zu werden", schreibt die Stuttgarter "Wirtschaftszeitung" vom 11.5.49.

An Hand der letzten Arbeitslosenstatistik stellt die Zeitung fest, daß "die Arbeitslosigkeit auch im April um weitere 59.000 Menschen auf 1.191.150 Arbeitslose gestiegen ist, in einer Jahreszeit, in der es seit der großen Krise der 30iger Jahre eine Zunahme der Erwerbslosigkeit nicht mehr gegeben hat."

"Am bedeutsamsten ist dabei der Umstand, daß die Arbeitslosigkeit nunmehr auch auf die Gebiete stärker übergreift, die bisher als Bollwerke der guten Konjunktur gelten konnten", hebt die Zeitung hervor.

"Es ist bezeichnend und zugleich besorgniserregend, daß die stärkste Zunahme diesmal nicht in den schon immer gefährdeten ländlichen Gebieten festzustellen ist, sondern in den bisher gut beschäftigten Industriebezirken, vor allem in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Hamburg, Württemberg-Baden und Bremen, während Bayern sogar einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit hat, der wohl ausschließlich auf die Entlastung in den Saisonaußenberufen zurückgeht. Freilich ist in Bayern die Arbeitslosenzahl auch dann noch mehr als doppelt so groß wie vor der Geldneuordnung. Selbstverständlich ist das Baugewerbe trotz der etwas gebesserten Beschäftigungslage überall nach wie vor stark an der jetzigen Arbeitslosigkeit beteiligt. Auch die Nachbarbezirke des Rhein- und Ruhr-Gebietes spüren dies. Bauarbeiter, die seit Jahr und Tag dort beschäftigt gewesen sind, kehren jetzt in ihre Heimatdörfer zurück, um dort Unterstützung zu beanspruchen.

Die Industrieproduktion ist schon im März, auf den Arbeitstag umgerechnet, nicht mehr gestiegen. Auf dem Arbeitsmarkt greifen die depressiven Tendenzen von den konsumnahen Produktionen schrittweise auf den Bedarf der Produktions- und Investitionsgüter über. Die Finanzklemme der Reichsbahn tut ein übriges, um die Absatznöte der Industrie zu vergrößern."

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Monat April, die zwangsläufig eine Verminderung der Kaufkraft und neue Absatzschwierigkeiten mit sich bringt, ist nach Ansicht der "Wirtschaftszeitung" zu einer entscheidenden Frage geworden. Es entspricht allerdings ihrem Wesen als Vertreterin kapitalistischer Interessen, wenn sie in der Investition von ausländischen Kapitalien in die westdeutsche Wirtschaft einen Ausweg sieht, deren Wirklichkeit nur eine weitere Versklavung Westdeutschlands bedeuten würde.

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949

K o m m e n t a r e
=====

Eindeutiger Sieg der Freunde der Einheit

B e r l i n (PD)

Die Feinde der Einheit Deutschlands haben alles unternommen, um die Delegiertenwahlen zum Volkskongress zu diskreditieren und ein eindeutiges Bekenntnis des Volkes zur Erhaltung des Vaterlandes und zur Festigung des Friedens zu stören. Sie verbreiteten die dümmsten Lügen über angebliche Partei- und Terrorwahlen, während sie selbst mit Hilfe des Rundfunks, ihrer käuflichen Presse und anderer Mittel alles taten, um die Wähler von der Wahlbeteiligung abzuhalten oder im Falle der Teilnahme die Zahl der ungültigen und "Nein"-Stimmen zu vermehren. Damit aber bestätigten sie nur, daß die Delegiertenwahlen ausgesprochen demokratischen Charakter trugen. Das Trommelfeuer der Hetzer und Spalter erhöhte nur die Bedeutung der Wahl, die gerade dadurch zu einer entscheidenden Auseinandersetzung, zur Kampfwahl zwischen den Anhängern der Einheit und jenen Wählern wurden, die der Hetze der Spalter erlagen und verwirrt und mutlos gegen die Erhaltung ihres Vaterlandes und gegen einen baldigen Friedensvertrag stimmten.

Die Feinde der Einheit jubeln, denn sie betrachten die "Nein"-Stimmen als ihre Helfer in ihrem Kampf gegen die Schaffung der nationalen Front. Sie wollen keine Gespräche und keinen einheitlichen Standpunkt des Volkes über Deutschland und Berlin, sie handeln auf Befehl gegen die Einheit und demokratische Entwicklung. Sie stellen provokatorische Forderungen, die eine Zusammenarbeit vereiteln sollen. Sie wollen keine freie Auseinandersetzung mit den demokratischen Kräften am gemeinsamen Tisch vor der gesamten deutschen Öffentlichkeit, weil sie fürchten, daß die demokratischen Kräfte und wahren Patrioten auch ohne vorhergehende Bedingungen den deutschen Standpunkt in freier Aussprache durchsetzen könnten. Sie betrügen sich aber selbst, wenn sie glauben, den Klärungsprozess im Volk und die Erweiterung der demokratischen zur nationalen Front verhindern zu können.

Die vom Deutschen Volksrat bekanntgegebenen offiziellen Ergebnisse der Delegiertenwahlen verkünden den eindeutigen Sieg der demokratischen Kräfte der sowjetischen Besatzungszone. Die große Mehrheit der Wähler der Zone hat sich nicht nur für die Einheit und den baldigen Friedensvertrag, sondern auch eindeutig für die Fundamente der Demokratie, für den Schutz und die Festigung der demokratischen Errungenschaften ausgesprochen. Im lebendigen Prozess des Kampfes für die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplans haben sich die Werktägler der Zone von der Nichtigkeit des demokratischen Weges zur Einheit aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen überzeugt. Und trotz des Trommelfeuers der internationalen Agenturen und der Spaltungarbeit des Westmagistrats von Berlin hat sich auch die Mehrheit der Ostberliner Wähler zur Einheit Deutschlands und Berlins, als seiner Hauptstadt, bekannt.

Zwei charakteristische Merkmale der Wahl müssen besonders unterstrichen werden, das ist einmal die wachsende Aktivität der Volksmas-

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Kommentare - 2 -

sen selbst, die auch in der hohen Wahlbeteiligung zum Ausdruck kam, und das ist zweitens die Tatsache, daß über die demokratischen Kräfte hinaus, nationale und patriotisch gesinnte Kreise für Einheit und Frieden stimmten. Diese Besonderheiten bestätigen, daß die Bewegung für den 3. Volkskongreß zu einer mächtigen Volksbewegung geworden ist. Diese bedeutsame Entwicklung ist umso höher einzuschätzen, da sich bei den Wahlen auch reaktionäre Elemente der CDU und LDP als Helfer der Spalter betätigten und ein Doppelspiel betrieben, indem sie scheinbar nach außen für die Kongreßbewegung eintraten, nach innen aber insgeheim gegen Volksrat und die Einheit agierten. Solche Doppelzüngler müssen im weiteren Kampf um die Einheit gestellt und mit ihrer gefährlichen Schädlingsarbeit entlarvt werden.

Trotz der Störungsversuche der Provokateure und Doppelzüngler wurden die Delegiertenwahlen zum großen Anlaß der Freunde der Einheit, zu einem erfolgreichen Auftakt zum 3. Volkskongreß, für die Erweiterung und Vertiefung der demokratischen zur nationalen Front. Aus dem Wahlergebnis schöpfen die demokratischen Kräfte die Zuversicht, daß es durch verstärkte Arbeit gelingen wird, über die bisherige Bewegung hinaus die breitesten Schichten des Volkes zur einheitlichen Willensbildung, zu einer einheitlichen nationalen Plattform in der großen nationalen Front zu erlassen und damit auch international der Stimme des deutschen Volkes Gehör zu verschaffen.

(H.K.)

Westberlin unter dem Knüppel des Kolonialstatuts

B e r l i n (PD)

Die Politik reaktionärer Kreise der westmächte, vor dem Zusammenschluss der Pariser Außenministerkonferenz in aller Eile noch vollendete Tatsachen der Aufteilung Deutschlands zu schaffen, wird fortgesetzt. Das soeben bekanntgemachte Besatzungstatut für Westberlin soll gleichfalls dazu dienen, der Verständigung über die deutsche Einheit Steine in den Weg zu rollen. Statt sich auf die Fragen eines gerechten Friedensvertrages für Deutschland zu konzentrieren, diktieren die westlichen Militärbehörden Besatzungstatüte, die eine Besetzung des Landes verewigen und jede demokratische Entwicklung verhindern sollen. Für die reaktionären USA-Politiker ist Berlin offensichtlich nur ein strategischer Stützpunkt, wie unzählige amerikanische Stützpunkte auch, die über den ganzen Erdball verstreut sind.

Die besondere Bedeutung des Westberliner Besatzungstatuts liegt darin, daß es die Normalisierung des Lebens in einem einheitlichen Berlin verhindern soll. Das zeigt sich besonders auch in dem Punkt des Besatzungstatuts, der - zwei Tage nach Ausrufung der gegenseitigen Verkehrsbeschränkungen - von "Gegenblockmaßnahmen" spricht, die "evtl. eingeführt werden". Die für dieses Statut verantwortlichen Mächte wollen also den Berliner Topf am Kochen halten. Sie wollen die "Berliner Frage" in ständiger Bereitschaft halten, um eine sich anbahnende Verständigung über Deutschland wieder zerstören zu können.

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Kommentare - 3 -

In dem Besetzungsstatut ist von der einsetzung einer "Alliierten Kommandantura Berlin" die Rede, die sich aber nur aus Vertretern der drei westmächte zusammensetzt, ihren Titel also ganz willkürlich und ohne jede rechtliche Grundlage führt. Durch dieses Besetzungsstatut werden der Berliner "Selbstverwaltung" so gut wie alle Vollmachten genommen. Alle rechte und Möglichkeiten kommen in Wegfall, die eine Entwicklung in fortschrittlicher und demokratischer Richtung bedeuten könnten. Selbstverständlich verbieten die Amerikaner jeden Schritt in der Richtung einer Sozialisierung der Großbetriebe, ihrer Überführung in Volkeshand. Überhaupt enthält das Statut eine lange Liste von Einschränkungen der Selbstverwaltung, wobei sich die westlichen Militärbehörden u.a. die ausschließliche "Machtgewalt" auf folgenden Gebieten vorbehalten: Wissenschafts- tutionen, Reparationen, Entgleichung, ausländische Interessen in Berlin, Flüchtlinge, Auerlegung der Besatzungskosten, Zufrieden- stellung der sonstigen Bedürfnisse der Besatzungsmächte und deren Angehörigen, Angestellten und Vertreter, Beachtung der Verfassung, Außenhandel, Devisenverkehr, Verwendung von Geldmitteln, Lebensmit- teln und sonstigen Versorgungsgütern, Gefängnisse, Polizei, Gesetz- gebung oder Maßnahmen über Heide- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht, Bankwesen, Währungs- und Kreditpolitik.

Wenn das alles ausschließlich Sache der Militärbehörden ist, so bleibt die Frage offen, was eigentlich noch die "Selbstverwaltung" zu sagen hat. Die Besatzungsbehörden jedenfalls "behalten sich jedoch ganz oder teilweise das Recht vor, alle Machtgewalt wieder auszuüben", wenn sie es für notwendig halten.

Äbenso wenig wie das Besetzungsstatut für Westdeutschland liegt das Westberliner Statut in der Richtung dessen, was das deutsche Volk von der Pariser Konferenz erwartet. Es erwartet keine neuen Kolonialregierungen, sondern einen Friedensvertrag, der auch den Abzug aller Besatzungstruppen bringen muß, es erwartet, daß Berlin kein militärstrategischer Stützpunkt, sondern zur Hauptstadt einer einzigen deutschen Republik wird, für dieses Ziel kämpft die große nationale Front in allen Zonen Deutschlands.

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Kommentare - I -

Vor der Abwertung der Westmark!

B e r l i n (PD)

In einem Bericht der englisch lizenzierten "Welt" vom 14.5.49 über die Amerikareise Prof. Erhards, Leiter der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft, finden sich harmlos eingerügt folgende schwerwiegende Sätze:

"Einer Herabsetzung des Wechselkurses der DM stehe man nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Prof. Erhard hält jedoch eine Abwertung für verirrt."

Die grundsätzliche Nichtablehnung und das "verirrt" verbergen nur schlecht die tatsächliche Übereinkunft, die Westmark abzuwerten, die Erhard mit den Mächtigen der Wallstreet getroffen hat. Lediglich taktische, besser wahltaktische Erwägungen sind es, die es zweckmäßig erscheinen ließen, den Zeitpunkt der Abwertung noch hinauszuschieben.

Die Abwertung ist der Preis, den die amerikanische Hochfinanz als Voraussetzung dafür forderte, daß sie Privatkredite nach Deutschland gibt, die bekanntlich die westdeutsche Schwerindustrie aus politischen Gründen - Schutz vor Enteignung usw. - herbeisehnt.

Prof. Erhard hat dem zugestimmt, weil er, wie seine schwerindustriellen Auftraggeber, in der Abwertung das einfachste Mittel sieht, die Werktätigen zusätzlich auszubeuten. Lohnsenkungen sind bei den hohen Preisen nicht möglich in Westdeutschland, und eine Senkung der Preise auf Kosten der Profitrate der Unternehmer wird nicht einmal erwogen! So soll der Lohnanteil auf diesem Umweg gedrückt werden, der 1936 26 % des Produktionswertes der Waren betrug und heute nur noch 24 % ausmacht! In der eisenschaffenden Industrie ist er sogar von 20 % 1936 auf 12,9 % 1948 gefallen. Das reicht aber den Magnaten der Ruhr noch nicht. Sie und ihre amerikanischen Verbündeten wollen noch mehr verdienen, damit eine Milliarde Dollar pro Jahr aus Westdeutschland frei abfließen kann. (Bisher sind es aufgrund des Marshalplanes bereits 300 Millionen Dollar jährlich).

Die Abwertung der westdeutschen Währung hat aber noch eine andere Seite. Da schrieb kürzlich das in Buenos Aires erscheinende Wirtschaftsblatt "Journal do Commercio", nach Abschluß des Atlantikpaktes müsse die westdeutsche Industrie nach der Auffassung offizieller Washingtoner Kreise voll in den "westeuropäischen Wiederaufbau" eingeschaltet werden: "Da im Rahmen des Ausrüstungsprogramms der Atlantikpakt-Partner in der allernächsten Zeit ein Teil der Industrie dieser Länder für Rüstungsaufgaben herangezogen werden muß, soll mit Hilfe des deutschen Industriepotentials der notwendige Ausgleich geschaffen werden." Das westeuropäische "Wiederaufbauprogramm", das ist also nichts anderes als die Ausrüstung, die Kriegsvorbereitung! Sie soll auf Kosten des deutschen Arbeiters, des deutschen Volkes durchgeführt werden. Darum Westmarkabwertung auf der einen Seite und höhere Priorite für die amerikanischen und deutschen Monopolisten, herausgepreßt aus der Not unseres Volkes, auf der anderen Seite. Dafür will man auch gern eine Erhöhung der Stahlerzeugung und der Stahl- ausfuhr zulassen.

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Kommentare - II -

Noch sind die Folgen der imperialistischen Raubpolitik der deutschen wehrwirtschaftsführer für jedermann fühlbar und schon beginnen sie, die Dinkelbach, Stinnes, Neusch, Pferamenges usw., die in Westdeutschland ihre einflußreichen Positionen behielten, für einen neuen Krieg zu planen und zu arbeiten.

Nur wenn sie verjagt werden und die deutsche Wirtschaft endlich dem gesamtedutschen Aufbau dienstbar gemacht wird, wenn das Ruhrgebiet nicht Waffenschmiede, sondern friedliche Werkstatt des ganzen deutschen Volkes ist, wird es ein Ende haben mit Währungsspekulationen, Arbeitslosigkeit und Kriegsgefahr.

(Bruno Haid)

"Tor zum Norden" blieb geschlossen

F l e n s b u r g (PD)

Das Ergebnis der zehntägigen Flensburger Messe, die am 15.5. schloß, waren Exportgeschäfte von fast 7 Millionen dänischen Kronen und im Inland Geschäfte von schätzungsweise 3 - 4 Millionen DM. An dem Exportgeschäft mit Dänemark ist die Ostzone mit 5 Millionen Dänenkronen, das ist mehr als zwei Drittel, beteiligt. Den Hauptanteil dieser Summe konnte eine Vogtländer Textilfirma mit Kammgarn- und Kunstseidenen Erzeugnissen für sich buchen. Der Grund dieses Erfolgs der ostzonalen Wirtschaft liegt vor allem darin, daß keine Dollarklausel den Export verhindern konnte. Das Geschäft wurde auf Kompensationsbasis abgeschlossen. So soll Dänemark als Gegenlieferung Fischmehl, Innereien und sonstige Viehabfälle ausführen.

Ahnliche Besprechungen über einen derartigen Warenaustausch wurden mit Norwegen geführt, das Walöl liefern soll. Die westdeutschen Exportgeschäfte sind mit 1 3/4 Millionen Dänenkronen dagegen als dürftig anzusprechen. Die Dollarklausel der JSA und die dänischen Dollarschulden für Ruhrkohle-Lieferungen erschweren bzw. verhinderten einen nennenswerten Umsatz. Die Realisierung dieser Abschlüsse liegt jedoch noch in den Händen dänischer Importbehörden und es ist anzunehmen, daß einige Abschlüsse trotz ermutigender Aussichten wieder rückgängig gemacht werden müssen. Das Inlandsgeschäft war geringfügig. Die Aussteller sind bisher zurückhaltend und nennen kein Zahlensmaterial. Tatsache aber ist, daß viele von ihnen mit zum Teil erheblichem Verlust abschließen. Die Besucherzahl blieb mit 15 000 Personen, darunter einige hundert Ausländer - man nennt nur diese vage unbestimmte Zahl -, weit unter den Erwartungen. Die Uninteressiertheit weiter Kreise war überall spürbar. So befand sich die Messe anfangs in einer äußerst katastrophalen Lage. Viele Aussteller wollten schon nach einigen Tagen wieder abreisen. Als Kuriosität ist eine Besprechung zwischen Ausstellern und Messeleitung zu nennen, bei der die Messeleitung die Aussteller bat, Vorschläge für eine Belebung des Messegeschäfts zu machen!

Auf jeden Fall ist das "Tor zum Norden" diesmal verschlossen geblieben (wenigstens für Westdeutschland). Die "Export-Verhinderungs-Agentur" (JSA) hat wieder die größten Erfolge zu verbuchen. Aber auch den deutschen Stellen ist der Vorwurf zu machen, die Bedeutung der Flensburger Messe völlig verkant zu haben. Spricht es doch für sich, wenn einige Aussteller nicht einmal den Beginn der Messe wußten und andere wiederum auf dem Flensburger Bahnhof standen und sich niemand um sie kümmerte.

(hep) - III -

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Kommentare - III -

Gerestigte Arbeitereinheit in Italien

Zum Abschluß des sozialistischen Parteitages
Berlin (PD)

Der soeben abgeschlossene Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens in Florenz bedeutet einen großen Erfolg für die italienische Arbeiterklasse. Durch den Willen der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedschaft siegte auf dem Parteitag die durch Nenni und Basso vertretene linke Richtung, die vorbehaltlos für das Zusammengehen mit der Kommunistischen Partei eintritt, um damit die Kampfeinheit der italienischen Arbeiterklasse zu wahren. Rund 55 % der Delegierten vertreten diese Richtung, was für das gewachsene Kampfbewußtsein der sozialistischen Arbeiter umso bedeutsamer ist, als im Vorjahr auf dem Parteitag von Genua im Juni 1948 die Linke nur 30 % der Stimmen hatte. Auf dem Genuener Parteitag vor einem Jahr konnte noch die Mittelgruppe als stärkste Richtung in der Sozialistischen Partei den Erfolg blicken, rund 42 % der Stimmen zu erhalten. Auf Grund dieser Abstimmung wurden damals die Vertreter der Linken, der Generalsekretär der Partei, Basso, und der Chefredakteur ihres Zentralorgans "Avanti", Nenni, aus ihren führenden Positionen entfernt. Die Reaktion röhrlachte und glaubte nunmehr mit Hilfe der Rechten und der Zentristen in der Sozialistischen Partei die Spaltung der italienischen Arbeiterklasse verwirklicht zu haben.

Die seitherigen Ereignisse in Italien und in der Welt belehren aber die Mehrheit der italienischen Sozialistischen Partei darüber, wie notwendig das Festhalten an der Kampfeinheit der Arbeiterklasse ist. Im Juli 1948 erfolgte das faschistische Attentat auf den Führer der Kommunistischen Partei, Togliatti, als Signal eines allgemeinen Angriffs auf die Arbeiterschaft. In bewundernswerter Einheit beantwortete die italienische Arbeiterklasse diesen Angriff mit dem Generalstreik. Die darauf folgenden Versuche der Rechtssozialisten und der Christlichen Demokraten, die Gewerkschaftseinheit der italienischen Arbeiterklasse zu zerbrechen, scheiterten.

Die Auswirkungen des Marshall-Plans, Massenarbeitslosigkeit und Lohndruck, dazu die Abenteuer-Politik der italienischen Regierung, dem Atlantikpakt beizutreten und damit in die Kriegsfront einzugliedern, steigerten den einheitlichen Widerstand der italienischen Arbeiterklasse. Für die rechte Verbundenheit der kommunistischen und sozialistischen Arbeiter in Italien ist die begeisterte Begrüßung charakteristisch, die dem kommunistischen Führer Togliatti auf dem sozialistischen Parteitag zuteil geworden ist, ebenso aber auch die Klagen des vor einem Jahr in Genua eingesetzten zentralistischen Parteisekretärs Jacometti darüber, daß ein beträchtlicher Teil der Parteimitgliedschaft sich weigerte, der schwankenden, zweideutigen Politik der Parteileitung zu folgen.

Die Spaltungsversuche der rechten Gruppe der Sozialistischen Partei unter der Führung Romitas, der ein Zusammengehen mit den Regierungskommunisten Saragats anstrebt, erlitten eine schmähliche Niederlage. Während sie vor einem Jahr noch über ein Viertel der Delegierten hatte, schrumpfte sie diesmal auf eine kleine Gruppe von rund 9 % zusammen und konnte in der Partei, die über

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Kommentare - IV -

eine halbe Million Mitglieder zählt, nur etwa 40 000 Anhänger aufbringen. Auch der Einfluß der schwankenden Mittelgruppe ging seit einem Jahr stark zurück. Sie vertrat damals rund 42 % der Stimmen und hatte jetzt noch rund ein Drittel.

In der Front des Friedens und der Demokratie bildet die italienische Arbeiterklasse eine reste, unüberwindliche Kohorte.
(G.Kr.)

Eisler - das erste Opfer des Atlantikpaktes

B e r l i n (PD)

Die gegen internationales Recht und gegen die Gesetze aller Kul-
turstaaten verstößende Verhaftung Gerhart Eislers an Bord des
polnischen Schiffes "Batory" und seine Überführung in das
Southamptoner Untersuchungsgesetz führte zu einem scharfen
Protest des polnischen Botschafters im englischen Außenministerium.

In Warschau übermittelte die polnische Regierung dem britischen
Gesandten eine Protestnote, in der eine formelle Entschul-
digung der britischen Regierung für die Verletzung polnischer
Hoheitsrechte und die Freilassung Eislers gefordert wird.

Ein kurzer Wink aus USA genügte, um das traditionelle britische
Asylrecht für politische Flüchtlinge, den Schutz der persönlichen
Freiheit - Begriffe, auf die sich England immer viel zu Gute tat -
im Fall des Antifaschisten Eisler außer Kraft zu setzen. Ein kur-
zer Funkspruch der Wall Street-Herren genügte, um die amerikahöri-
ge britische Regierung zu einer Verletzung fremder Hoheitsrechte
zu veranlassen. Aber Bevin und die britische Regierung irren, wenn
sie glauben, die neue demokratische polnische Regierung mit dem
ehemaligen halbraschistischen Regime Polens gleichsetzen zu können.
Das polnische Volk steht ebenso eindeutig auf der Seite des deut-
schen Antifaschisten Eisler, wie es eindeutig auf der Seite aller
demokratischen Kräfte in Deutschland steht. Das antifaschistische
Polen hat als erstes erkannt, wie dem Antifaschisten Eisler, dem
Leben lang ein konsequenter Kämpfer gegen den Faschismus war, ge-
holfen werden konnte.

Der amerikanisch-britische Justizskandal um Eisler zeigt der
ganzen Weltöffentlichkeit, daß das vielgerühmte britische Asyl-
recht unter der Wirkung des Atlantikpaktes zu einer Fiktion gewor-
den ist.

Der polnische Protest im Fall Eisler ist nur der Anfang eines
Entrüstungsturmes in der ganzen Welt. Der FDGB protestierte im
Namen seiner 5 Millionen Mitglieder aus allen Schichten der werktä-
tigen Bevölkerung gegen die Verhaftung Eislers; 12 Professoren der
Universität Leipzig bezeichneten den englischen Justizskandal als
große Verletzung der Menschenrechte und als Menschenraub. Im bri-
tischen Unterhaus sagte der Abgeordnete Gallacher: "Kennt die Er-
niedrigung, in welche Großbritannien auf amerikanischen Befehl ge-
führt werden kann; keine Grenzen?" Die Labour-Abgeordneten konn-

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Kommentare - V -

Zilliacus und John Platts-Mills bezeichneten den Vorfall als ein weiteres Symptom für das Umsichtgreifen des Faschismus. Die gesamte werktätige Bevölkerung Southamptons demonstrierte für die Freilassung Eislers. Ihre Transparente trugen die Aufschriften: "Lasst den Antifaschisten Eisler frei!" und "Amerikanische Methoden gelten hier nicht". Ihr auf "Nieder mit dem Atlantikpakt" findet immer stärkeren Widerhall in allen friedliebenden und freiheitlich denkenden Kreisen aller völker.

(G.K.)

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949

A r t i k e l d i e n s t
=====

Hennecke-Aktivisten aus der Sowjetunion
(von Kurt Nettball)

Die täglich in Gronenfelde eintreffenden Heimkehrerzüge aus der Sowjetunion tragen jetzt einen besonderen Charakter. Das zeigt sich nicht nur äußerlich darin, daß die Waggons mit frischem Grün und mit demokratischen Lösungen geschmückt sind. Das Entscheidende ist die persönliche Haltung der Heimkehrer selbst. Braungebrannt, gesund und frisch aussehend, mit Koffern und vollgepackten Rucksäcken beladen, treten sie vom Ausladebahnhof Schubertstraße den kurzen Marsch in das letzte sowjetische Registrierlager an. Aufmerksam mustern sie die umliegenden Straßen und sind oft enttäuscht, daß gerade in Frankfurt/O. als der ersten deutschen Ortschaft, die der Heimkehrer nach so langer Abwesenheit von der Heimat wieder betritt, so wenige Begrüßungsinschriften vorhanden sind. Mit gutem Recht stellen die Heimkehrer der Frankfurter Bevölkerung die Frage, ob ihnen denn nichts von den großen Wiederaufbauleistungen deutsche Kriegsgefangener bekannt ist.

Den fortschrittlichen Kräften Deutschlands sind diese Leistungen sehr gut bekannt und sie begrüßen diese Heimkehrer besonders freudig und herzlich. Sie kommen aus einem Land, wo sie den Aufbau des Sozialismus nicht nur aus der Stacheldrahtperspektive gesehen, sondern selbst praktisch daran mitgearbeitet haben. Diese Mitarbeiter wurde auch nicht nur ^{als} notwendige, bittere und unangenehme Pflicht recht und schlecht ausgeführt, sondern vielfach standen unsere Kriegsgefangenen beim Aufbau mit in vorderster Reihe.

So erfahren wir aus dem Lager 7445, daß dort "nach dem Vorbild des Bergarbeiters Hennecke eine Aktivistenbewegung entstand, die sich täglich verbreitert". Die ersten Erfolge kamen in einer Übererfüllung des Monatssolls um 28,4 % zum Ausdruck. Die Aktivisten streben danach, diese Mehrleistung noch um ein Vielfaches zu steigern. Aus dem Lager 7100/1 hören wir, daß dort die Brigade Staufenbiel mit einer Erfüllung des Solls zu 210 % die Spitze hält und für ihre fortschrittlichen Arbeitsmethoden den Ehrennamen "Hennecke-Brigade" verliehen bekam. Eine Jugendgruppe mit vier Mann aus demselben Lager erreichte die Bestleistung mit 500 %. Besondere Einzelleistungen vollbrachten Spezialisten aus dem Lager 7503/11, indem sie die verlangten Normen zu 934, 857, 500, 400 % usw. erfüllten - und das als Antwort auf die Hetze gegen die sowjetisch besetzte Zone und gegen die Sowjetunion!

Immer wieder wird betont, daß diese großen Leistungen dem Gedanken der Wiedergutmachung entspringen und dem Willen, ein gutes, freundschaftliches Verhältnis zu den Völkern der Sowjetunion herzustellen. Diese Tatsachen bringen auch Verpflichtungen für die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland mit sich. Es gilt, die guten Arbeits- und Wettbewerbserfahrungen dieser Aktivisten auszuwerten. Das aber kann man nicht mit den oft noch angewandten bürokratischen Methoden. Es ist notwendig, eine wirkliche, lebendige Arbeitslenkung vorzunehmen.

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Artikeldienst - 2 -

Die heimkehrenden Aktivisten denken nicht daran, sich auf billigen Lorbeeren auszuruhen, sondern sie brennen förmlich darauf, in ihrer Heimat ebenfalls Aktivisten zu sein. Den Landesarbeitsämtern und dem FDGB erwächst dabei eine besondere Aufgabe. Diese Aktivisten aus Bergbau, Chemiebetrieben, Baugewerbe, Landwirtschaft usw. müssen in den Schwerpunktbetrieben eingesetzt werden. Die Hennecke-Kommissionen der Industriegewerkschaften und die Betriebs-Gewerkschaftsleitungen werden mit Freude feststellen können, wie unsere eigenen bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Wettbewerbe durch diese Aktivisten um ein Vielfaches bereichert werden.

Über die Bereicherung unserer Erfahrungen hinaus werden die heimgekehrten Aktivisten Vorbilder sein können. Zu ihrem ^{Stil} Arbeitsethusiasmus kommt noch ihre feste demokratische Gesinnung, die sich in der SU angeeignet oder vertieft haben. Es geht bei ihnen nicht nur um die höheren Lohnbüten; ihre Aktivität und Initiative entspringt ihrem Bewußtsein, die neue antifaschistisch-demokratische Ordnung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zu vertiefen und zu verstärken. Ihr Arbeitseifer gilt - weit über ihre persönlichen Augenblicksinteressen hinaus - dem Ziel der Allgemeinheit Nutzen zu bringen.

Fassen wir so das Problem der Heimkehrer an, dann danken wir ihnen nicht nur für ihre in der Kriegsgefangenschaft geleistete Aufbauarbeit und damit für ihren Beitrag zur Schaffung eines freundschaftlichen Verhältnisses zur Sowjetunion; wir werden dann auch nicht nur neue Aktivisten schlechthin haben, sondern aus ihnen werden Männer wie Hennecke, Perlewitz und Wendler hervorgehen.

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949

Stimmen des Auslandes

Not des französischen Mittelstands

(PD)

"Alles wird besser werden", sagte der französische Innenminister Queuille vor den Kantonal-Wahlen. Heute ist dieser Wahloptimismus verschwunden und an seine Stelle sind Betrachtungen getreten, die der Wahrheit schon eher entsprechen: der Handel befindet sich in einer ausserordentlich schwierigen Lage, eine neue kritische Zeit steht dem Staatsbudget bevor. Die französische Regierung ist gezwungen, dies zuzugeben.

Durch den mangelnden Absatz sind am meisten die Bekleidungs-, Schuh- und Möbelbranche, sowie die Radio- und Elektrogeschäfte, Friseur- und Lebensmittelgeschäfte betroffen. In der Bekleidungsindustrie Personal auf die Strasse gesetzt. Der Umsatz der Markthändler ist um 75 % zurückgegangen. Trotz der Preiserhöhungen von 30 bis 40 %, die in den letzten 6 Monaten erfolgte, haben die Hemdenfabrikanten z.B. einen geringeren Umsatz, als in den gleichen Monaten des Jahres 1948.

Die Preiserhöhung des Leders hatte Erhöhung der Schuhpreise zur Folge. Daher ist auch der Absatz der Schuhwaren zurückgegangen. Die Arbeiter der Schuhindustrie, die 1948 wöchentlich 123 920 Arbeitsstunden leisteten, arbeiten heute nur noch 50 000 Stunden in der Woche.

Was die Radio- und Elektro-Branche anbetrifft, so wurden auch dort im ersten Vierteljahr 1949 weniger umgesetzt als im gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1948. Auch die Möbelgeschäfte können ihre Lagerbestände nicht los werden. Der Umsatz ist gegenüber dem Vorjahr um 50 % zurückgegangen. Sogar in der Nahrungsmittelbranche, die nur schwer einzuschränkende Bedürfnisse erfüllt, ist es schlecht bestellt. Der Weinverbrauch ist um 25 % zurückgegangen. Im Durchschnitt ist bei den Lebensmittelgeschäften der Umsatz um 25 bis 30 % gesunken.

Auch andere Geschäftszweige befinden sich in Schwierigkeiten. Seit einem Jahr sind 3 000 Friseursalons geschlossen worden. Die Schneider, Hoteliers und Restaurateure klagen schwer. In dem Pariser Gebiet wurden allein im Januar 1949 852 Betriebe geschlossen und ihr Personal entlassen. Im Januar 1948 waren es 121.

Das angebliche Gleichgewicht des Budgets, für das man so schwere Opfer von den Geschäftsleuten verlangte, ist keineswegs erreicht. "Das Jahr 1949 kündigt sich gut an", schrieb "La Vie Francaise" vom 4. März, als von den Profiteuren der französischen Banken die Rede war. Die Geschäftsleute und Handwerker und die kleinen Industriellen sind aber anderer Ansicht. Darum wird die Wirtschafts- und Finanzpolitik der französischen Regierung eine immer entschlossener werdende Opposition bei den Massen des Mittelstandes finden.

(Aus "L' Humanité" vom 6. Mai)

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Rüstungsprofit in USA

(PD)

In der dem französischen Außenministerium nahestehenden Zeitung "Le Monde" vom 5. Mai schreibt Henri Pierre zur Aufrüstung der Vereinigten Staaten u.a.:

"Die Schwerindustrie findet in der Aufrüstung eine Quelle nicht zu unterschätzender Profite. So werden im nächsten Jahr die Flugzeugwerke 1 718 Millionen Dollar für Militäraufträge einnehmen. In diesem Jahr sind es 1 157 Millionen Dollar. Der Schiffsbau wird Aufträge für 406 Millionen Dollar haben, anstelle von 309 Millionen in diesem Jahr. Die Geschütz-, Tank- und Bombenfabriken werden für 796 Millionen Dollar verkaufen, d.h. 214 Millionen mehr als gegenwärtig. Allein für die Artillerie sind die Bestellungen von 45 auf 103 Millionen Dollar angestiegen.

Aber nicht nur die Kriegsindustrie profitiert von dieser Aufrüstung. Die Autofabrikanten werden ihre Lieferungen an die militärischen Stellen verdoppeln. Kleidung und Ernährung der Militärkräfte werden im laufenden Jahr 1 407 Millionen Dollar anstelle von 1 389 Millionen Dollar im Vorjahr betragen. Für 485 Millionen militärische Bauten sollen durchgeführt werden, anstelle von 286 Millionen in diesem Jahr. Die Bestellungen für Petroleum bei der Marine steigen von 49 auf 61 Millionen Dolar..."

Generalangriff auf die akademische Freiheit in den USA

(PD)

Seit einiger Zeit wird in den USA eine regelrechte Generaloffensive gegen die akademische Freiheit durchgeführt", schreibt die schwedische Zeitung "Ny Dag" vom 16.4. "Sie hat bereits zur Entlassung vieler Professoren, die im Verdacht stehen, "revolutionäre Ansichten" zu vertreten geführt. Die bekanntesten Fälle sind die Entlassung von 8 Professoren verschiedener Universitäten, die nur aus dem Grund erfolgte, weil sie die Wahlkampagne Wallace unterstützt haben, von 6 Professoren der Washintoner Universität, die angeklagt wurden, kommunistische Absichten zu haben, von 2 Professoren der Oregon-Universität, die entlassen wurden, weil sie sich weigerten, Lyssenko zu verurteilen und von 5 Professoren des Oliver College - unter diesen der Kandidat für den Vizepräsidentenposten der sozialistischen Partei - , die wegen "extremen Liberalismus" herausgeworfen wurden.

Doch das ist nur der Anfang. In einer Reihe von Staaten haben die Parlamente Gesetze angenommen, nach denen Universitäten und höhere Schulen auf "umstürzlerische Tätigkeit" hin untersucht werden sollen. Besonders im Staat Illinois sind Ketzerprozesse in größerem Umfang geplant. Nach dem dort geltenden "Broyles-Gesetz" soll jeder Lehrer und Professor einer Loyalitätsuntersuchung unterzogen und entlassen werden, falls er nicht zu 100% den ganz- oder halbfaschistischen Formulierungen der Inquisitoren entspricht.

Es war beabsichtigt, diese "Ketzerprozesse" durch Verhör an der Chicago-Universität - einer der ersten des Landes - und dem Roosevelt-College in derselben Stadt, einzuleiten. Die Inquisitoren sind hier jedoch auf einen so starken Widerstand gestoßen, daß das Programm ab-

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

geändert worden ist. Sowohl von den Professoren als auch von den Studenten sind massenversammlungen und Demonstrationen organisiert worden, an denen sich Zehntausende beteiligten. massendelegationen haben das Parlament in Springfield aufgesucht und verlangt, daß der Gouverneur ein Veto gegen das "Broyles-Gesetz" einlege. Die Behauptung, daß es nur Kommunisten seien, die das "Broyles-Gesetz" ablehnen, wurde von der Studentenzeitung "Chicago Maroon" zurückgewiesen, die eine Liste aller Studentenvereinigungen, darunter der demokratischen und der republikanischen Partei nahestehenden veröffentlichte, die die reaktionsre Offensive scharf verurteilen. im Staate Texas hat der Gouverneur Beauford Jester eine verordnung erlassen, die den Rektoren der Universitäten und Hochschulen das Recht gibt, alle Personen, von denen man annehmen kann, daß sie "illroyale Ansichten" vertreten, zu entlassen oder zu relegieren. man nimmt an, daß Gouverneure anderer Staaten diesem Beispiel folgen werden. Diese konzentrierten Angriffe von Seiten einer kriegslüsternen Reaktion sind der Versuch einer Gleichschaltung, die dasselbe Ziel hat, wie seinerzeit die der deutschen Nazis an den höheren Lehranstalten. Es gibt allerdings einen Unterschied, und zwar den, daß die amerikanischen Nachahmer auf bedeutend härteren Widerstand stoßen. Das wird nicht zuletzt aus der Resolution ersichtlich, die die konservative "American Association of University Professors" (Verband der amerikanischen Universitätsprofessoren) auf dem kürzlich in Washington abgehaltenen Kongreß angenommen hat. In dieser Resolution wird das Recht der Professoren und Lehrer, eine eigene Meinung in sozialen und wissenschaftlichen Fragen zu vertreten, unterstrichen und werden die Angriffe gegen die akademische Freiheit scharf verurteilt.

Professor W.T. Laprade, Vorsitzender des Komitees der Vereinigung für akademische Freiheit, erklärte, die Angriffe hätten dazu geführt, daß die Vereinigung in den letzten 2 Jahren ihre Mitgliedschaft von 21 000 auf 33 000 erhöht habe. Allein im vergangenen Jahr habe sich die Vereinigung 86 Fällen annehmen müssen, die mehrere hundert Professoren bestrafen. In allen Fällen wurden erhebliche Verletzungen der akademischen Freiheit konstatiert. Laprade erklärte, daß, wenn die Verfolgungen fortdauern, die 33 000 Professoren der Vereinigung entsprechende Maßnahmen ergreifen würden.

Arbeitsbedingungen der Jugend in der UdSSR
(PD)

Die sowjetische Arbeitsgesetzgebung schenkt dem Schutz jugendlicher Arbeiter besondere Aufmerksamkeit. Laut Gesetz ist die Arbeit für Kinder unter 14 Jahren untersagt. Jugendliche von 14 bis 16 Jahren müssen ein ärztliches Gutachten vorweisen und stehen unter ärztlicher Beobachtung. Nach Entscheidung der Arzte-Kommission werden Erholungsbedürftige in Kurorte oder Sanatorien verschickt. Wenn die Arbeit nicht dem Gesundheitszustand des Jugendlichen entspricht, wird er zu einer anderen, für ihn geeigneten Arbeit versetzt.

Pressedienst
(FD)

17. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren werden nur nach Arztlicher Begutachtung zur Ausbildung in Betriebe aufgenommen. Die Hauptformen der Berufsausbildung sind jedoch Betriebschulen und die Gewerbe- und Eisenbahner-Lehranstalten. Die Gewerkschaften kontrollieren die Beachtung der Arbeitsgesetze. Jugendliche Arbeiter oder Lehrlinge dürfen zu keiner Arbeit angehalten werden, die mit dem Erlernen des Berufes nicht im Zusammenhang steht. Sie erhalten die gleiche Zuteilung an Berufskleidung und Schuhwerk, wie die erwachsenen Arbeiter.

Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht zu schweren und gesundheitsschädigenden Arbeiten, wie Untertagearbeiten, Buntmetallgießerei, chemische Industrie und Typographie, herangezogen werden. Verladearbeiten dürfen Jugendliche von 16 bis 18 Jahren nur ausführen, wenn die Last für Mädchen 10 kg, für Jungen 16 kg nicht übersteigt und nicht mehr als 1/3 der Arbeitszeit in Anspruch nimmt.

Die Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren ist auf 6 Stunden festgelegt. Sie dürfen weder zu Nachtarbeit noch zu Überstunden verpflichtet werden.

Durch die kürzere Arbeitszeit wird der Lohn nicht beeinträchtigt, da der Lohn für die volle Arbeitszeit ausgezahlt wird. Wenn die Jugendlichen im Leistungslohn stehen, werden sie wie erwachsene Arbeiter bezahlt. Bei 6-stündiger Arbeitszeit wird für die übrigen zwei Stunden der Tariflohn nachgezahlt.

Jugendliche bekommen jährlich einen bezahlten Monatsurlaub im Sommer, falls der Jugendliche nicht den Wunsch äußert, den Urlaub in einer anderen Jahreszeit zu verbringen.

Alle Arbeiter und Angestellten, die in Arbeiterschulen lernen und im Produktionsprozess stehen, erhalten zum Examen Urlaub. Für Schüler der 10. Klasse beträgt der Urlaub 20 Tage, für die der 7. Klasse 15 Tage. Auf Wunsch der Jugendlichen kann der Jahresurlaub diesem Urlaub angeschlossen werden.

Zur Information

Krisenanzeigen und verschärfte Ausbeutung in den USA

(MR)

Die Anzeichen der herannahenden amerikanischen Wirtschaftskrise werden immer deutlicher. Das können sogar die offiziellen Vertreter der USA nicht immer verbergen. So mußte Lewis, der Vorsitzende des Wirtschaftsrates beim Präsidenten, nach einer Beratung mit Truman am 5. Mai zugeben, daß die Reduktion in den USA in den letzten vier Monaten um mehr als 8 % zurückgegangen ist. Die Zeitschrift "United States News and World Reports" verheimlicht ebenfalls nicht die Tatsache, daß der wirtschaftliche Verfall in den USA immer mehr zunimmt. Sie schrieb am 6. Mai: "Das Tempo des Rückgangs der Pro-

Pressedienst
(PD)

17. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

duktion, der im Dezember begann, beschleunigt sich von Tag zu Tag. Die Besserung, die in den Frühjahrsmonaten erwartet wurde, ist nicht eingetroffen. Im Gegenteil, es ist ein noch gröserer Rückgang zu erwarten.

Besonders große Bedeutung hat die Tatsache, daß sich der Verfall stark auf die Schwerindustrie auswirkt. Das Produktionsniveau der Stahl-, Maschinenbau-, Erdöl-, Textil- und Schuhindustrie, aber auch anderer Industriezweige der USA sinkt ständig. Die amerikanische Presse berichtet täglich, daß verschiedene Industriebetriebe, insbesondere solche, die Haushaltungsgegenstände herstellen, ihre Produktion einschränken und Arbeiter entlassen. Immer häufiger findet man Mitteilungen darüber, daß eine Reihe von Großbetrieben geschlossen wurde. Die Zeitung "Journal of Commerce" berichtete am 20. April, daß in Rock Island im Staate Illinois einige Textilfabriken ihre Tore schlossen und daß dabei mehr als 15 000 Arbeiter entlassen wurden. Der Rundfunkkommentator Arthur Head erklärte kürzlich, daß die Textilindustrie die Produktion um 20 % eingeschränkt habe.

Von Monat zu Monat wächst die Arbeitslosigkeit und vergrößert sich die Zahl der Kurzarbeiter. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in den USA beträgt schon bedeutend mehr als 5 Millionen und wächst weiter an. Kurzarbeiter gibt es zur Zeit 12 Millionen. Die Wirtschaftler der CIO-Gewerkschaft weisen darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit vor allem die großen Industriezentren erfaßt hat, die sie als Sammelkanäle der Arbeitslosigkeit bezeichnen. Am beunruhigendsten ist die Lage in Dayton, Detroit, San Francisco, Los Angeles, Chicago, Pittsburgh und im Textilzentrum New Englands. Aus den elektrotechnischen Betrieben wurden in den letzten Monaten 16 % der Arbeiter entlassen. In der Konfektionsindustrie sind die Arbeiter nur drei bis vier Tage in der Woche beschäftigt. In den Schuhfabriken des Staates Massachusetts haben die Arbeiter insgesamt 22 bis 28 Stunden wöchentlich Beschäftigung. Im Eisenbahn- und Transportwesen der USA sind bereits 100 000 Arbeiter entlassen worden; die Entlassung von weiteren 200 000 ist vorgesehen.

Die großen amerikanischen Monopole haben jedoch trotz der andauernden Einschränkung der Produktion und der wachsenden Arbeitslosigkeit ihre Profite keineswegs verringert, sondern konnten sie sogar noch vergrößern, wie aus Berichten der Maiausgabe des Monatsbulletins der National City Bank über die Profite der 500 größten Industrie- und anderen Trusts im ersten Quartal dieses Jahres hervorgeht. Das erklärt sich dadurch, daß die amerikanischen Monopole mit aktiver Unterstützung der reaktionären Gewerkschaftsführer alle daran setzen, durch Massenentlassungen, Herabsetzung der Löhne und Verstärkung des Antreibersystems die Hauptlast der herannahenden Krise auf die Schultern der Werkstätigen abzuwälzen.

Die Unternehmer bemühen sich, den Arbeitsprozeß so weit wie möglich zu intensivieren, indem sie die Fließbandarbeit beschleunigen. Infolge dieses Antreibersystems wurden in vielen Betrieben die Leistungen der Arbeiter gewaltsam um 35 bis 50 % hinaufgetrieben. Die Eigentümer der Betriebe erklären den Arbeitern: "Entweder erfüllt ihr die erhöhte Norm oder ihr werdet entlassen!"

Pressedienst
(FD)

17. Mai 1949
Stimmen des, Auslandes - 6 -

Ein charakteristisches Beispiel ist die Lage im Hauptwerk von Ford in Detroit. Wie die amerikanische Presse mitteilt, sind in den letzten zehn Monaten in diesem Werk 8 000 Arbeiter entlassen worden, obwohl die Produktion nicht eingeschränkt wurde. Die Verwaltung des Werks vergrößerte die Geschwindigkeit aller Hauptfließbänder in einem solchen Maß, daß die Arbeiter nur mit unglaublicher Anstrengung ihre Arbeit leisten können. Die Arbeiter der Ford-Werke führen einen erbitterten Kampf gegen die verstärkte Ausbeutung und die Massenentlassungen. Aber sie haben nicht nur gegen die Ford-Company zu kämpfen, sondern auch gegen die reaktionären Leiter der Gewerkschaft der Arbeiter der Automobilindustrie. Der Vorsitzende dieser Gewerkschaft, Ryder, z.B. verrät die Interessen der Arbeiter und hilft der Gesellschaft, die Ausbeutung zu verstärken. Die gelbe Gewerkschaftsleitung versuchte, den Proteststreik gegen die Verschärfung des Antreibersystem zu sprengen. Ryder ernannte eine Kommission zur Überprüfung der Beschwerden der Arbeiter gegen die maßlose Geschwindigkeit der Fließbänder. Während der Überprüfung verminderte die Verwaltung die Geschwindigkeit der Fließbänder, und die Kommission beeilte sich zu erklären, daß der Grund für den Streik hinfällig geworden sei. Die Herren des Werks vergrößerten jedoch anschließend daran von neuem die Geschwindigkeit der Fließbänder um 10 Prozent. Daraufhin traten trotz der verräterischen Töne der Gewerkschaftsleitung 60 000 Arbeiter des Werks in den Streik.

Die Streikbewegung erfaßte zahlreiche Betriebe der Automobil-Industrie. Die amerikanischen Zeitungen berichten, daß zur Zeit in der Automobil-industrie der USA 150 000 Arbeiter streiken und zeitweilig ohne Arbeit sind. Das ist ein Beweis dafür, daß die gelben Verräter aus der Gewerkschaftsleitung nicht imstande sind, die Massenbewegung der Arbeiter gegen das verstärkte Antreibersystem aufzuhalten.

Die amerikanischen Monopolisten wollen sich ihrerseits vor der Streikbewegung sichern, und zwar durch die Bestätigung eines arbeiterfeindlichen Gesetzes, durch das Streiks verboten werden. Ungeachtet der Wahlversprechen der Demokratischen Partei, das arbeiterfeindliche Taft-Hartley-Gesetz außer Kraft zu setzen, erreichte die amerikanische Reaktion, daß dieses Gesetz durch das von Wood, den Vorsitzenden der sogenannten Kommission zur Prüfung unamerikanischer Tätigkeit, ersetzt wurde. Dieser Gesetzentwurf trägt zwar eine andere Bezeichnung als das Taft-Hartley-Gesetz, behält jedoch dessen arbeiterfeindlichen Charakter völlig bei. Dieses Manöver wurde mit Hilfe der reaktionären Leitungen der AFL und des CIO durchgeführt. Sowohl Murray wie auch Green bemühten sich auf jede Weise, die Protestbewegung gegen das arbeiterfeindliche Gesetz zu sprengen. Sie weigerten sich, die Abschaffung des Taft-Hartley-Gesetzes zu fordern und begannen, verschiedene Kompromißvarianten zu unterstützen, die letzten Endes zur Beibehaltung der Hauptrichtlinien des Taft-Hartley-Gesetzes führten.